

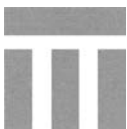
Gert Pickel · Susanne Pickel (Hrsg.)

Demokratisierung im internationalen Vergleich

Gert Pickel · Susanne Pickel (Hrsg.)

Demokratisierung im internationalen Vergleich

Neue Erkenntnisse
und Perspektiven



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage Oktober 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Lektorat: Frank Schindler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN-10 3-531-15113-4

ISBN-13 978-3-531-15113-7

Inhalt

Gert Picke und /Susanne Pickel

Demokratisierung im internationalen Vergleich – Einführung7

Theoretische Überlegungen im Zeitalter der Globalisierung

Dirk Jörke

Warum Postdemokratie?21

Alexander Weiß

Auf dem Weg zu einer Theorie der Entdemokratisierung

Demokratiethoretische Überlegungen im Anschluss an Giorgio Agamben33

Harald Mey

Irak zwischen Diktatur-Nachfolgeregime und Islamisierung – Demokratisierungs-

„Vorbild“ iranisches, türkisches oder bundesrepublikanisches Modell?51

Brigitte Weiffen

Interaktion statt Extraktion

Die Auswirkungen von Außenhandelsbeziehungen auf die Demokratieentwicklung67

Die Qualität der Demokratie im empirischen Blick

Hans-Joachim Lauth

Die Qualität der Demokratie im interregionalen Vergleich –

Probleme und Entwicklungsperspektiven89

Gert Pickel

Eine vergleichende Analyse der Qualität von Demokratien in Osteuropa

und im kaukasischen Gebiet111

Susanne Pickel und Thomas Müller

Systemvermessung – Schwächen der Konzepte und Verzerrungen der

empirisch-quantitativen Bestimmung von Demokratie und Autokratie135

Marco Bünte

Hybride Regime in Südostasien –

Genese, Gestalt und Entwicklungsdynamiken173

Die Wirkungen von politischen Institutionen

Steffen Kailitz

Die Regierungsform und die politischen Leistungen auf den Feldern Wohlfahrt,
Sicherheit und Freiheit.....195

Guido Tiemann

Das Endogenitätsproblem politischer Institutionen und die Optionen von
„Electoral“ und „Constitutional Engineering“211

Christof Hartmann

Amtszeitbeschränkungen, Machtwechsel und Demokratisierung
in vergleichender Perspektive237

Birgit Sauer

Engendering Democracy –
Staatsfeminismus im Zeitalter der Restrukturierung von Staatlichkeit.....251

Die soziokulturellen Grundlagen der Demokratie

Gert Pickel

Die Einschätzung der Demokratie im internationalen Vergleich.....267

Jörg Jacobs

Antisystemeinstellungen –
Widerstand gegen die bestehende Ordnung im postkommunistischen Europa.....301

Herbert Döring

Freiheit und Gleichheit im interkulturellen Vergleich der Survey-Forschung.....331

Bernd Hayo

Einstellungen der Koreaner zur Finanzkrise 1997 und wirtschaftliche Reformvorhaben..351

Autorenverzeichnis367

Demokratisierung im internationalen Vergleich – Einführung

Gert Pickel/Susanne Pickel

1. Demokratie als Forschungskonzept

Es besteht mittlerweile kein Zweifel mehr, dass die Demokratie die sich am stärksten ausbreitende Herrschaftsformen in der Welt ist. Es gibt immer weniger Länder, die nicht entweder die Kriterien einer Demokratie erfüllen, sich demokratisch nennen oder den Begriff „Demokratie“ in ihrem Namen tragen.¹ So stieg die Zahl der Demokratien (nach Freedom House Einschätzungen) von 23 (von 80 Staaten) im Jahr 1950 auf 121 (von 192 Staaten) im Jahre 2000. Mithin leben damit drei von fünf Erdenbürgern in demokratischen politischen Systemen. Diese Ausweitung von Demokratie fand insbesondere im Zuge der dritten Welle der *Demokratisierung* (Huntington 1991) noch einmal einen bedeutenden Schub und ließ sie nun eindeutig zur gängigsten Herrschaftsform werden, auch wenn ihre Ausprägungen nicht unerheblich variieren (siehe auch Berg-Schlosser 2004: 13). Insgesamt kann die Demokratie also als „Erfolgsmodell“ bezeichnet werden.

Die in der dritten Demokratisierungswelle entstandenen Demokratien haben aber auch der *theoretischen und empirischen Beschäftigung mit Demokratie* eine gesteigerte Dynamik verliehen. Da ist zum einen das Verständnis von Demokratie selbst in den Fokus der wissenschaftlichen Diskussion geraten, zum anderen findet sich eine vermehrte empirische Auseinandersetzung mit Demokratie, demokratischen Institutionen und Demokratisierungsprozessen. So legt z.B. eine zunehmende Zahl an empirischen Studien mit ihr Augenmerk verstärkt auf die Untersuchung der Entwicklung von Einzelelementen demokratischer Realitäten und Institutionen oder aber speziellen Defekten, denen einzelne Demokratien unterliegen. Und nicht nur die Demokratien der dritten Demokratisierungswelle werden da beachtet, sondern auch die schon länger existierenden westlichen Demokratien geraten wieder vermehrt in den Fokus der Untersuchungen.

Der Demokratieforschung stellen sich nun neue Anforderungen. Zum einen wird Demokratie unter dem Gesichtspunkt ihres Überlebens im Zeitalter der Globalisierung betrachtet und die Gewährleistung eines „Good Governance“ in Demokratien untersucht. Zum anderen wird er propagierte Legitimitätsverlust bei den Bürgern westlicher Demokratien (siehe Pharr/Putnam 2000), die Entwicklung der politischen Kulturen sowie deren empirische Erfassung sind Ziel von wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie räumen den Bürgern eine größere Bedeutung im Rahmen der Diskussion um Demokratie ein, was angesichts der Bezeichnung der Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ nicht verwunderlich stimmen sollte. Eine noch größere Rolle spielen die Bürger nur bei Gedanken der Rational-Choice Theorie. So ist es gerade James Coleman (1990) der eine Verbindung von Makroereignissen über den Umweg individueller Entscheidungen modellieren kann. Ein Modell das auch für die politische Kulturforschung (und damit auch die Demokratieforschung) von großem Interesse ist.

¹ Wobei sich auch welche finden, die nicht unbedingt als Demokratien reiner Prägung zu verstehen sind (siehe z.B. die frühere DDR).

Fundamental für die Demokratieforschung ist die Bestimmung, wann ein Land eine Demokratie ist und welche Qualitätsgrade von Demokratie es erreicht. Diese Verortung ist keineswegs eine fixe Zuordnung, ist doch der Demokratisierungsgrad eines Landes genau so wenig – einmal erreicht – eine Konstante wie es das Verständnis einer guten Demokratie ist. Völlig richtig bemerken Newton und Van Deth (2005: 27) „Democracy is a Variable, so that what was regarded as good democratic practice a hundred years ago may not be now“. Demokratie ist folglich eine *Dynamik* zuzuschreiben. Nicht nur der Zustand (Demokratie oder Autokratie) des Systems kann sich ändern, auch Qualitätsgrade, politische Strukturen, Policies oder gar politische Kulturen können dies. Da man auch die Demokratie selbst als etwas begreifen kann, was sich in einem dauernden Fluss befindet, kommt der Erforschung von Demokratisierungsprozessen somit eine besondere Bedeutung zu.

Die vergleichenden empirischen Analysen zu den Demokratisierungsprozessen in unterschiedlichen Regionen der Welt erfolgen somit folgerichtig unter unterschiedlichen *Zielsetzungen* und eröffnen eine veritable Bandbreite der Erforschung von Demokratie und Demokratisierung im Vergleich. Rückt ein Teil der Forscher (1) die *Qualität von Demokratie* und ihre Messung im Zentrum der Analyse (Gurr/Jagers 1995; Bollen 1980; Lauth/Pickel/Welzel 2000; Lauth 2004; Vanhanen 1997; Berg-Schlosser 2004), so stellt ein zweiter Teil (2) die *Performanz und Leistungsfähigkeit* der Systeme stärker ins Rampenlicht (Lijphart 1999; Castles 1999, 2004). Aus Richtung der politischen Kulturforschung (vgl. Almond/Verba 1963; Easton 1979; Lipset 1981) (3) folgen Analysen der *Legitimität* verschiedener demokratischer Systeme, mit dem Ziel, den Elementen der politischen Kulturforschung Gehör zu verschaffen, während andere (4) die *Institutionenkonstellationen* demokratischer Systeme interessanter finden. Kurz gesagt interessieren die Fragen: Wie sieht die Demokratie in einem Land aus? Wie entwickelt sie sich? Wie stabil ist sie?

Nun ist man sich mittlerweile unter den Demokratieforschern einig, dass allein mit der Differenzierung Demokratie-Autokratie nicht auszukommen ist. Auch eine vergleichende Arbeit ist kaum möglich, entspricht diese Dichotomie doch nur begrenzt der komplexeren und diffuseren Realität. So wird neuerdings vermehrt von defekten, illegitimen oder Wahldemokratien (Lauth 1997; Croissant 2002; Merkel u.a. 2003, 2006) gesprochen und damit auf die stärkere Differenziertheit von Demokratie als systemischen Begriff verwiesen. Insbesondere ist dieser Zugang aber ein gutes Beispiel für die eher typologisch arbeitende Demokratieforschung, die Typen und Subtypen herauszuarbeiten versucht (vgl. Lauth 2003, 2004: 101-120). Ein anderer Weg ist es die dichotome Aufteilung in eine graduelle Differenzierung zu zerlegen. So werden Zwischenstufen zwischen Autokratie und Demokratie sichtbar und – nicht zu unterschätzen – vergleichbar. Die Berücksichtigung beider Überlegungsstränge scheinen für die Abbildung der Realität angemessener zu sein als die Klassifikation einer plakative Dichotomie Demokratie versus Autokratie.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Erforschung von Demokratisierung ist das Verhältnis von Struktur (demokratischen Institutionensystem) und Kultur (demokratische Einstellungen) (vgl. Almond/Verba 1963). Dieses Ziel der politischen Kulturforschung soll Auskunft über die *Stabilität* demokratischer Systeme geben. Diskrepanzen sind natürlich insbesondere in Phasen beschleunigter Entwicklung (Systemumbruch, institutionelle Reformen, gewichtige Policy-Entscheidungen) zu erwarten. Dann stellt sich die Frage, ob die politische Kultur träge ist und eine Stabilitätsgefährdende Diskrepanz erzeugt, relativ schnell der strukturellen Entwicklung folgen kann und flexibel ist oder aber gar den Vorreiter zu strukturellen Entwicklungen spielt (Wertewandel, Entzug politischer Unterstützung). Nicht um-

sonst weist Gerardo Munck (2004: 82) der Erforschung der Stabilität von Demokratien eine besondere Bedeutung zu: „Research on democratic stability represents the most direct continuation of research on democratic transitions“.

Bei all diesen Gemeinsamkeiten in der Demokratieforschung bestehen immer noch Unterschiede in der Meinung, welche Elemente der Demokratie als die Entscheidenden für ihre Beschreibung aufgefasst werden müssen. Legen *institutionalistische Ansätze* stärker Wert auf das Bestehen und die Konfiguration von Institutionen als Basiselement der Demokratie, setzen *kulturalistische Ansätze* auf die Ausprägungen der politischen Kulturen und ihrer Wirkung und Rückbindung an die Strukturen des Systems. Selbst neuere neoinstitutionalistische Zugänge, die ja Elemente der Kultur und Einstellungen sowie Handlungen der Bürger berücksichtigen, können sich nicht von der Prädominanz der institutionellen Seite lösen. Ob nun die Kultur vor der Struktur existierte und die Instellation des einen oder anderen Institutionensystems oder -typus bedingt, oder ob die installierten Institutionen die politische Kultur eines Landes formen, bleibt weiterhin umstritten und bedarf sicherlich noch weiterer Analysen, bevor zumindest eine tendenzielle Lösung zu erwarten ist.²

Daneben ist auch nicht eindeutig, welche einzelnen Kernbereiche von Demokratie wichtig – oder gar die wichtigsten – sind. Ist die *Freiheit* das Kernelement der Demokratie? Ist es die *Gleichheit*? Sind es Rechtsstaatlichkeit und *Kontrolle*? Ist es die *Partizipation* oder sind es die Partizipationschancen der Bürger? Die Entscheidung fällt von Forscher zu Forscher unterschiedlich aus, auch wenn sie sich alle aus diesem Set an die Demokratie konstituierenden Elementen bedienen, woran nicht zuletzt die immer wieder als Bezugspunkt auftauchenden Überlegungen Robert Dahls (1971) nicht unschuldig sein dürften (vgl. hierzu auch ausführlich Lauth 2004).

Auch der Umgang mit dem Forschungsgebiet Demokratie hat sich weiter entwickelt. Es gibt mittlerweile eine Vielfalt an Positionen, die Demokratien in empirischen Analysen einnehmen. War Demokratie früher eher der Rahmen für eine deskriptive Betrachtung von Bestandsverhältnissen in einzelnen Staaten und politischen Systemen, so wird die „messbare“ Demokratie nunmehr sowohl zur *abhängigen Variable* (Welzel 2000), die eine Erklärung ihrer Entstehung verlangt, als auch zur *unabhängigen Variable*, die als Erklärungsmerkmal anderer Prozesse (Kriege, systemische Entwicklungen, Armut) hilfreich sein kann. Zudem bleibt ihr eigenes Forschungspotential ungebrochen. So wird sie z.B. in Verbindung zu unterschiedlichsten Rahmenmerkmalen gesetzt (supranationale Organisationen, Globalisierungsprozesse, Entwicklung der Weltwirtschaft, Klimakrise).

Vor allem eine zentrale Rahmenbedingung für Demokratisierung steht immer noch zur Diskussion – der fördernde Einfluss der *Modernisierung* auf die Demokratie. Erstaunlich ist, dass auf der einen Seite empirisch kaum mehr ein Zweifel besteht, dass die Dynamik der Modernisierung auch die Demokratisierung vorantreibt, auf der anderen Seite aber die *Modernisierungstheorie* (siehe Lerner 1958; Lipset 1960) als solche fast überwiegend verworfen wird. Verstärkt wird auf Pfadabhängigkeiten und historische Gegebenheiten sowie die individuellen Wege der Entwicklung der einzelnen Länder verwiesen. Argumentiert man mit der Modernisierungstheorie, dann kann man bestenfalls ein Lächeln, schlimmstenfalls völlige Zurückweisung ernten. Erst neuere weiterführende Überlegungen (Welzel

2 Abseits dieser Grundrichtungen richten einige Forscher ihr Augenmerk auf die Betrachtung der Verfassungsrealität und die Verteilung der Machtressourcen in politischen Systemen demokratischer Prägung.

2000; Inglehart/Welzel 2005) scheinen nun die Modernisierungstheorie in der Politikwissenschaft wieder hoffähig zu machen. Sicher kann man nicht mehr ungehemmt die ursprünglichen deterministischen Annahmen der Modernisierungstheorie (dauerhaftes Wachstum, ungebrochene Aufwärtsentwicklung in Richtung Demokratie, Urbanisierung und Wohlstand) verwenden. Allerdings zeigt die Modernisierungstheorie gerade in der vergleichend angelegten Forschung und unter Einbezug von Pfadabhängigkeiten und begleitenden Rahmenfaktoren immer wieder ihre Stärke.³

Doch nicht nur die Fragestellungen differieren, sondern auch die verwendeten *Methoden* erlangen eine immer größere Spannweite (vgl. Pickel u.a. 2003; Jahn 2006; Pickel/Pickel 2006; Rihoux/Grimm 2005; Lauth/Pickel/Pickel 2006). Dies drückt sich im variantenreichen methodischen Zugang zu dieser Fragestellung aus, der von der klassischen statistischen Makroanalyse ausgeht, die dichte Beschreibung einzelner Fallstudien umfasst, und über typologisch ausgerichtete Vorgehen bis hin zu QCA- und Fuzzy-Set-Analysen reicht. Nicht nur, dass eine Ausdifferenzierung der statistischen Methoden (Mehrebenenanalyse; Time-Pooled-Cross-Section-Analysis) festzustellen ist, auch scheint der Siegeszug der makro-qualitativen Verfahren (Ragin 1987; Wagemann/Schneider 2003; Rihoux/Grimm 2005) nicht mehr aufzuhalten zu sein. Leider bringt dieser – an sich zu begrüßende – Methodenpluralismus gelegentlich Probleme mit sich, da Forscher, die einen bestimmten methodischen Zugang bevorzugen, Forschungsergebnisse, die mit anderen Verfahren gewonnen wurden, nicht wirklich zur Kenntnis nehmen. Dies hemmt an einigen Stellen den Fortschritt der Demokratieforschung nicht unerheblich. Hier ist für eine aufmerksame und inhaltlich orientierte Vorgehensweise der Forschung zu plädieren..

Bei all dieser Vielfalt an Fragestellungen ist es angebracht, zwischenzeitlich eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation der Demokratie aus Sicht des interkulturellen Vergleichs von Demokratien zu ziehen. Auch dieser kann nur so segmentär, wie derzeit der ganze Forschungsbereich bleiben. Allerdings ist es nur über das Zusammentragen solcher Informationen möglich, Hilfestellungen für die Abschätzung zukünftiger Entwicklungen der Demokratie geben zu können. Der Band „Demokratie im internationalen Vergleich“ soll eine Zusammenführung verschiedener Ansichten und Zugänge zu den international beobachtbaren Demokratisierungsprozessen geben. Entsprechend ist der Fokus der Beiträge grundsätzlich vergleichend angelegt und richtet sich immer auf das Zielobjekt Demokratie, wobei die Perspektiven gewechselt werden. Es wurde ein sich möglichst ergänzender Mix an Betrachtungsweisen zusammengestellt, um diese verschiedenen Blickwinkel einnehmen zu können. Entsprechend soll die Betrachtung von Demokratie von der theoretischen Konzeption, was Demokratie bedeutet, über die Erfassungsform von Demokratien (Demokratiemessung), ihre institutionelle Bestandsanalyse (Parteien- und Regierungssysteme) hin zu Analysen der politischen Kulturen führen. Dabei werden einerseits zeitgenössische theoretische Überlegungen zur Entwicklung der Demokratie und zur Bestimmung von Demokratie vorgestellt; andererseits im Rahmen von Fallstudien Modelle aus empirischen Befunden rekonstruiert oder aber übergreifende Analysemuster vorgeführt.

3 Häufig werden modernisierungstheoretische Gedanken zurückgewiesen, weil sie subjektiven Identitätsvorstellungen widersprechen („mein Land ist anders“; „ich muss es ja wissen, da ich von hier komme, du nicht“). Häufig ist es aber einfach das Unwohlsein über eine so allgemeine, übergeordnete Struktur, die Entwicklungen vorantreibt, welche zu einer Skepsis an der Modernisierungstheorie führt. Nicht selten ergibt sich aber eine Frontstellung auch aus einer immer enger werdenden Perspektive des Forschers, die in der Konzentration auf Aspekte des Einzelfalls begründet liegt

2. Zum vorliegenden Band

Der vorliegende Band beruht in seinen Grundeinheiten auf einer Tagung des Arbeitskreises Interkultureller Demokratievergleich, die vom 24. Juni bis 26. Juni 2005 an der Europa Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) durchgeführt wurde.⁴ Der Band wurde zu einzelnen Themen gezielt durch Beiträge ergänzt, um eine einheitliche Gesamtstruktur zu erreichen, die einen umfassenden Überblick der neueren Forschungslinien zur Erforschung von Demokratie und Demokratisierung gewährleistet. Der Band baut auf früheren Bänden des Arbeitskreises interkultureller Demokratievergleich auf, die sich bereits mit den Themen der demokratischen Rechtsstaatlichkeit (Becker/Lauth/Pickel 2001), informellen Institutionen demokratischer Partizipation (Lauth/Liebert 1999), Entwicklungsformen der Demokratie (Pickel/Pickel/Jacobs 1997), Demokratiemessung (Lauth/Pickel/Welzel 2000), vergleichenden Methoden der Erforschung von Demokratie (S. Pickel u. a. 2003) und multikulturellen Gesellschaften (Schmidt/Behr 2003) auseinandersetzen.

Der Band ist in vier größere Teilbereiche gegliedert. Zum Eingang werden theoretische Überlegungen zur Demokratie vorgestellt. Sie nehmen sowohl Überlegungen zur Anwendbarkeit bestimmter Demokratiekonzepte (Alexander Weiß, Dirk Jörke) als auch die Auseinandersetzung der Demokratietheorie mit dem Phänomen der Globalisierung (Weiffen) auf. Danach folgt ein Blick auf die Demokratie als Staatsform. Es wird die demokratische Qualität der Demokratien untersucht und diskutiert, welche Form der methodischen Erfassung hierfür wohl die beste ist (G. Pickel, Lauth, S. Pickel/Müller, Bünte). In einem dritten Schritt widmen sich die Beiträge den Policies der Demokratien und deren Rückwirkung auf den Demokratisierungserfolg (Hartmann, Tiemann, Kailitz, Sauer). Zuletzt wird noch der Souverän der Demokratie – der Bürger – ins Blickfeld gerückt. Dies ist im Rahmen der Analysen der politischen Kulturforschung und der international vergleichenden Surveyforschung der Fall (G. Pickel, Jacobs, Döring, Hayo). Hier ist es insbesondere die Frage, inwieweit die Demokratie in den Bevölkerungen verankert ist und was sich daraus für die Stabilität einzelner demokratischer Systeme schließen lässt

Beginnen wir mit den theoretischen Zugängen zur Demokratie. Üblicherweise zielen diese entweder auf spezifische Begrifflichkeiten (Postdemokratie) oder aber einzelne Denker (Agamben, Crouch) mit ihren Konzepten von Demokratie. Doch auch der Bezug zu übergreifenden Phänomenen (z.B. Globalisierung) ist möglich.

Dirk Jörke setzt sich in seinem Beitrag z.B. mit dem von Colin Crouch aufgebrachten Gedanken der „Postdemokratie“ auseinander, dessen zentrales Argument darauf zielt, dass gerade die etablierten Demokratien in der Moderne mehr und mehr in die Gefahr geraten, grundlegende demokratische Versprechen nicht mehr einzulösen. Dies trifft ganz besonders die Partizipationsrechte. Nicht nur, dass ganz offensichtlich diejenigen Mitglieder der Gesellschaften, die über weniger Macht, Einfluss und Ressourcen verfügen als andere, immer weniger von ihrem Recht zur Bestimmung der repräsentativen Herrschaftsträger Gebrauch machen. Auch der Einfluss der Wähler auf die eigene Lebenswelt wird immer geringer. Letzteres wird ausgelöst durch den Bedeutungsverlust gewählter Parlamente, die steigende

4 Für die Hilfe bei der Organisation der Tagung und die tatkräftige Hilfe bei der Aufbereitung der Manuskripte danke ich recht herzlich Anja Galeski. Für Formatierungs- und Korrekturarbeiten danke ich Jonna Milena Blanck.

Interventionskraft der Wirtschaft und die Verlagerung von Regierung auf suprastaatliche Ebenen. All diese Punkte tragen zur Einschränkung der Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten der Bürger und damit der Demokratie bei. Immer öfter wird das Primat der ökonomischen Effektivität dem demokratischen Primat der Gleichheit vorgezogen. Genau diese Verschiebung von einer partizipatorischen und durch Partizipation legitimierten Demokratie hin zu einer effektiven Oligarchie diskutiert, so Jörkes Meinung, der Begriff der „Postdemokratie“.

Mit dieser eher skeptisch klingenden Analyse der Einhaltung demokratischer Normen steht dieser Ansatz nicht alleine. Auch Giorgio Agambens Überlegungen über den Ausnahmezustand gehen diesen Weg, so *Alexander Weiß*. Agamben sieht über die Zeit hinweg in Demokratien einen Ausbau exekutiver Macht, der zu ungunsten demokratischer Rechte verläuft. Dies geschieht durch die Verschiebung von Ausnahmezuständen, die ganz im Sinne des Schutzes von Recht und Freiheit eingeführt werden, hinein in Normalzustände von Demokratien. Dies ist nur möglich, da die eigentlich illegitimen Bereiche, die durch eine Ausnahmeregel geordnet werden, durch eine Querlegitimierung seitens der demokratisch verfassten und legitimierten Bereiche abgesichert werden. Einzig der Verweis auf die höhere Effektivität dieser Regelungen kann noch als zusätzliche Legitimitätsbegründung angenommen werden. Weiß stellt im Folgenden die Überlegungen Agambens der klassischen empirischen Demokratieforschung gegenüber und verweist auf Ähnlichkeiten (Wunsch nach einem Kontinuum von Demokratie und Diktatur) und Gegensätze (Agamben konzentriert sich eher auf Praktiken in traditionellen Demokratien), wobei er immer wieder auf das Beispiel der Biopolitik zu sprechen kommt.

Eine andere Zielrichtung geht der Beitrag von *Brigitte Weiffen* an. Er setzt sich – anhand einer detaillierten Analyse der Auswirkungen der Außenhandelsbeziehungen auf die Demokratieentwicklung – mit Prozessen der Globalisierung auseinander. Dabei sollen diese Analysen helfen, den möglichen Zusammenhang zwischen der Globalisierung und der Demokratisierung zu klären. Ihre empirischen Analysen belegen Beziehungsmuster zwischen dem ökonomischen Globalisierungsindikator Außenhandel und dem Demokratienniveau, wobei allerdings vertiefende Analysen noch ausstehen. Dabei bleibt es eine theoretische Frage, inwieweit dieses Ergebnis als positiv (optimistische Sichtweise der liberal geprägten Modernisierungstheorie), ungünstig (Pessimismus der Dependenztheoretiker und Globalisierungsgegner) oder gar kritisch optimistisch wie seitens des institutionell eingetragenen Liberalismus, bewertet werden kann. Die prognostizierten Verbindungen zwischen Modernisierung und Demokratie (siehe auch Inglehart/Welzel 2005) scheinen sich also auch durch konkrete empirische Analysen belegen zu lassen. Der interaktive Handel scheint dabei eine moderierende Variable zu sein. Entsprechend liegen sowohl die Prämissen der Modernisierungstheorie als auch die Annahmen der Anhänger sozioökonomischer Überlegungen (Lipset 1981) eher auf der richtigen Seite mit ihren Annahmen.

Der zweite Block konzentriert sich auf die Frage, wann ein Staat überhaupt eine Demokratie ist und welchen Grad an Demokratiequalität er erreicht. Dabei wird an die Überlegungen der Demokratiemessung und ihre Befunde angeknüpft (vgl. Lauth 2004; Pickel/Pickel 2006; Lauth/Pickel/Welzel 2000⁵). Dies kann sowohl theoretisch, methodologisch oder auch empirisch geschehen.

5 Dieser Band ist derzeit vergriffen und es wird aufgrund der hohen Nachfrage eine zweite Auflage vorbereitet. Allein dies zeigt das große Interesse für das Thema der Bemessung demokratischer Qualitätsgrade.

Die Ergebnisstrukturen der Messung werden im ersten Beitrag aufgegriffen. *Gert Pickel* untersucht am Beispiel der Transformationsländer Osteuropas einerseits die Reliabilität verschiedener Messindizes der Demokratieforschung, andererseits die empirische Einschätzung der Situation in Osteuropa für sich. Nach der Diskussion der zeitlichen Entwicklung der Demokratiequalität in Osteuropa wird die große Nähe der Messergebnisse vorgestellt. Alles in allem erfassen die meisten Indizes der Demokratiemessung ein gleiches Konstrukt – ob es nun Demokratie ist oder nicht, sei jedoch hier nicht diskutiert. Die deutlichen Beziehungen zu Konzepten wie Staatlichkeit (gemessen am Political Stability Index der Weltbank) und zum politischen Transformationserfolg (Bertelsmann Transformationsindex) stützen aber die Hypothese, dass es sich bei dem Gemessenen um Demokratie handelt. Interessant sind die Disparitäten, die in Osteuropa über alle Indizes zu erkennen sind. Sie beziehen sich nicht nur auf regionale Unterschiede, sondern zeigen auch erhebliche Divergenzen in den zeitlichen Entwicklungen, die (wie in Russland und Weißrussland) auch in Richtung autokratischer Verhältnisse gehen können.

Diese Diskussion führt auch *Hans-Joachim Lauth*, der sich ebenfalls mit Problemen und Entwicklungsperspektiven von jungen Demokratien im Vergleich beschäftigt. Sein Ziel ist es, nach einer analysierenden Betrachtung der verfügbaren Demokratiemessindizes einen empirisch reliablen und theoretisch validen Index zur Messung von Demokratie – den Neuen Index der Demokratie (NID) – zu konstruieren. Dabei greift Hans-Joachim Lauth auf das Verfahren einer Kombination bestehender Indizes zurück. Bei der Untersuchung eben dieser Zugänge der Demokratiemessung (Polity IV; Freedom House, Vanhanens Index of Democratization) stellt er fest, dass zwar die Dimensionen der Freiheit und Gleichheit durch die Polity-Messung und das Freedom House-Ranking abgebildet werden, die Komponente der politischen und rechtlichen Kontrolle bleibt hingegen außen vor. Entsprechend kombiniert Lauth die Polity- und Freedom House-Messungen mit dem „Rule of Law“-Index der Weltbank, der genau diese Komponente erfasst. Eine Überprüfung der neu konstruierten Indizes (NID3D und NID) stützt ihre Nutzbarkeit für die Messung von Demokratiequalität. Als entscheidender Vorteil erweist sich der Einbezug des Faktors Rechtsstaatlichkeit, der bislang in den Messkonzepten von Demokratie unterrepräsentiert blieb und eine große Bedeutung für die Etablierung von Demokratie besitzt.

Susanne Pickel und *Thomas Müller* setzen an einer ähnlichen Fragestellung an. Sie betrachten die Ergebnisse verschiedener Verfahren der Demokratiemessung (Polity IV, Freedom House, Vanhanen, Bertelsmann Transformation Index) und untersuchen diese auf Differenzen in den Fallbeurteilungen. Die Unterschiede in den Bewertungen sind dann der Anhaltspunkt für die Überprüfung der Validität der Messinstrumente. Dabei greifen Pickel und Müller auf die Evaluationsstrategie von Munck und Verkuilen (2002) zurück, erweitern diese und versuchen herauszuarbeiten, ob die unterschiedlichen Klassifizierungen auf eventuelle Schwächen der einzelnen Demokratiemessindizes zurückzuführen sind. Dabei sind es häufig Überbetonungen von einzelnen Demokratieaspekten, die Differenzen erzeugen. Allerdings finden sich auch Fehlmessungen und mangelhafte Zuordnungen der Indikatoren zu den Sachverhalten. Das Hauptproblem der Differenzen in der Messung liegt aber doch zentral in der Unterschiedlichkeit der Konzepte und Ziele der Messindizes begründet. Diese ermöglichen es dem Forscher, variierende Zielstellungen zu verfolgen, zwingen ihn aber auch dazu, sich den für seine Zwecke besten und tragfähigsten Messindex gezielt herauszusuchen. Dieses Vorgehen sollte wohl die Regel für die Arbeit mit Demokratiemessindizes

werden, da eine Abkehr von der Pluralität nicht zu erwarten ist, sondern eher das Gegenteil eintreten dürfte (weitere Messversuche).

Eine Analyse hybrider Regime stellt *Marco Bunte* am Beispiel Südostasiens vor. Er verweist darauf, dass die Länder dieser Region eine eher gegensätzliche Entwicklung zu den sich überwiegend relativ schnell demokratisierenden Ländern Osteuropas durchleben. Gerade im asiatischen Raum finden sich somit die meisten Hybridregime, oder anders bezeichnet, die meisten defekten Demokratien (vgl. Croisant 2000; Merkel u.a. 2003, 2006) Diese Hybridregime vereinen Elemente der Demokratie mit Elementen der Autokratie. Dabei zeichnen sich für die auffindbaren hybriden Regime unterschiedliche Entwicklungswege ab, die nicht unwesentlich vom Verhalten der politischen Akteure in der Umbruchsphase beeinflusst werden. Die Probleme liegen zumeist in Einschränkungen der Freiheiten, der Rechtsstaatlichkeit und/oder der Gewaltenteilung und Herrschaftskontrolle. Anhand einer Detailanalyse der Entwicklungen in den Philippinen, Indonesien, und Thailand kann Bunte eine gewisse Überlebensfähigkeit der hybriden Regime belegen, die vor allem auf ihrer bislang kaum beachteten Wandlungsfähigkeit beruht.

Im dritten Block werden die Erkenntnisbereiche der modernen Politikwissenschaft (Policy, Politics, Polity) in Demokratien eingehenden Analysen unterworfen. Durchgehen wird in diesen Zugängen die Auswirkung unterschiedlicher Institutionenkonstellationen (Regierungssysteme, Wahlsysteme) auf die Existenz und Ausprägung der Demokratie, deren Qualität und Effektivität untersucht.

Steffen Kailitz bezieht sich in seinen Analysen auf die Effekte, die Regierungsformen auf Policy-Leistungen besitzen. Er konzentriert sich auf drei für politische Systeme wesentliche Bereiche: Sicherheit, Freiheit und Wohlfahrt. Kailitz fragt sich, wie diese Policy-Leistungen durch die Zugehörigkeit eines Landes zur Regierungsform (präsidentiell, parlamentarisch, semipräsidentiell) determiniert werden. Damit nimmt er eine frühere Überlegung von *Arend Lijphart* (1977) auf, welcher die parlamentarischen Systeme als „kinder and gentler“ definiert. Kailitz kommt bei seinen Analysen zu einem differenzierten Ergebnis: Zwar fällt die gesellschaftliche Wohlfahrt in präsidentiellen und semipräsidentiellen Systemen deutlich gegenüber parlamentarischen System ab, dies ist aber in vielen Punkten wohl auf unterschiedliche Startbedingungen zurückzuführen und damit zu relativieren. Anders ist es bei den Freiheitsrechten, bei deren Verwirklichung parlamentarische Systeme präsidentiellen eindeutig überlegen sind. In parlamentarischen Systemen sind somit die Bürger freier als in präsidentiellen Systemen. Daraus könnte man für das Constitutional Engineering aus Sicht von Demokraten den Hinweis ziehen, die Installation eines parlamentarischen Systems in einem Transformationsstaat zu unterstützen.

Ebenfalls dem wichtigen Problem des Constitutional Engineering nimmt sich *Guido Tiemann* an, wobei er sein Hauptaugenmerk eher auf die Effekte der unterschiedlichen Wahlsysteme lenkt. Als Beispiel dient ihm die Reform der Wahlsysteme in Osteuropa, wobei er sich ganz besonders mit den Wechselwirkungen von Wahl- und Parteiensystemen auseinandersetzt. Dabei nutzt er Überlegungen des Neoinstitutionalismus und der Rational-Choice-Theorie. Ihm fällt auf, dass die Reichweite des Constitutional Engineering über Wahlsysteme durch heterogene Kontextfaktoren eingegrenzt ist. Diese situativen Rahmenbedingungen sind es dann auch, die in Osteuropa den Einfluss externer konstitutioneller Ingenieure beeinträchtigen bzw. ganz verhindern. Sowohl die spezifischen Situationen nach dem Umbruch als auch die konkreten Aushandlungsprozesse der Akteure in den postsozialistischen Staaten haben entsprechend die großen Würfe einer konstitutionellen Umgestal-

tung verhindert. Dies deutet auf die begrenzten Möglichkeiten des Constitutional Engineering in der Realität hin und stärkt die Bedeutung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Eine eher Gender-orientierte Perspektive nimmt *Birgit Sauer* ein. Sie fragt sich, ob die in den letzten Jahrzehnten erreichten Erfolge einer frauenfreundlichen Entwicklung auf dem politischen Sektor Nachhaltigkeit besitzen. Dabei kommt den staatlichen Institutionen zur Gleichstellung von Frauen (Staatsfeminismus) eine entscheidende Bedeutung zu. Wie Sauer aber zeigen kann, ist der Einfluss von frauenpolitischen Stellungen in wichtigen politischen Debatten – sofern sie nicht speziell frauenpolitische Themen ansprechen – eher gering. Im Gegenteil scheint sich in den letzten Jahren, auch verbunden mit dem Konzept des Gender Mainstreaming, ein Rückgang des Handlungsspielraums von Institutionen der Frauenpolitik zu ergeben. Insbesondere konservative und rechte Parteien beschneiden die frauenpolitischen Institutionen. Somit bleibt die Chance für geschlechterdemokratisches Handeln in politisch als wichtig erachteten Diskursen überwiegend doch geringer als es wünschenswert wäre.

Amtszeitbeschränkungen und Machtwechsel als Kennzeichen erfolgreicher Demokratisierung ist die Fragestellung von *Christof Hartmann*. Er geht davon aus, dass die Aufhebung von Amtszeitbeschränkungen sich in der Regel nachteilig auf die Demokratisierung von Ländern auswirken und als Anzeichen von autokratischen Einbrüchen zu werten sind. Dies lässt sich relativ gut dadurch belegen, dass es gerade in präsidentiell angelegten Transformationsländern zu den entsprechenden Aufhebungen der Amtszeitbeschränkungen kommt. Anhand einer empirischen Auswertung der Möglichkeit des Machtwechsels und bestehender Amtszeitbeschränkungen („term limits“) in 100 Staaten Afrikas und Asiens stellt Hartmann vier institutionelle Reformmuster fest: (1) die Abschaffung der Beschränkung, (2) deren Abschwächung, (3) das Scheitern der Reformen und (4) die Akzeptanz der Amtszeitbeschränkungen durch den Amtsinhaber bzw. das Ausscheiden aus dem Amt. Entscheidende Hintergründe für die Aufhebung oder gar Nichteinführung einer Amtszeitbeschränkung ist z.B., ob das Land bereits eine vorherige demokratische Herrschaftsphase hatte, ob eine Normsetzung durch internationale Institutionen stattfindet oder ob sich der Präsident bereits vor der Demokratisierung im Amt befand. Insgesamt scheint es so, dass gerade in Transformationsstaaten – dabei besonders stark betroffen Afrika - Amtszeitbeschränkungen eine wichtige formale Institution darstellen, die eine fortschreitende Demokratisierung gewährleisten kann.

Der abschließende vierte Block widmet sich dem Bereich der politischen Kulturen der Demokratie. So wird doch bereits seit den ersten Analysen der politischen Kulturforschung implizit die Demokratie als das Zielkriterium einer politischen Kultur angenommen (Allmond/Verba 1963; Easton 1965). Diesen Weg weiter beschreiten Gert Pickel und Jörg Jacobs, die sich beide mit den Haltungen der Bürger zur Demokratie auseinandersetzen.

Gert Pickel liefert einen Überblick über die Einstellungen zur Demokratie im internationalen Vergleich. Er unterscheidet zwischen den Beurteilungen der demokratischen Performanz und der Haltung zur Demokratie als angemessenste politische Ordnung. Durch den Einbezug unterschiedlicher Datenquellen gelingt es eine breite Länderübersicht zu erzielen, die bereits auf der deskriptiven Ebene interessant ist. So zeigt sich z.B., dass auch in den asiatischen oder afrikanischen Staaten die Demokratie als Prinzip eine hohe Anerkennung findet. Stärkere Differenzen sind bei der Bewertung der aktuellen demokratischen Systeme

zu erkennen. Hier werden viele afrikanische Staaten überraschend gut bewertet, während in Asien und Osteuropa Tiefstwerte festzustellen sind. Besonders Russland fällt hier wesentlich ab. Gestützt werden die Ergebnisse durch den Einbezug der antidemokratischen Systemeinstellungen. Dabei sagen die Einstellungen zweifelsohne auch etwas über die Stabilität demokratischer Systeme aus – was ja eine Grundannahme der politischen Kulturforschung darstellt. Allerdings bleiben noch empirische Desiderate in dieser Feststellung. Deutlich wird, dass gerade die sozioökonomische Modernisierung nicht unbedeutend für eine demokratische politische Kultur ist. Bemerkenswert ist sicherlich der Befund, dass die Instrumente (Surveyforschung und Einstellungen) der politischen Kulturforschung für Autokratien keinen Nutzen besitzen, da sie doch wohl deutlichen sozialen Erwünschtheitseffekten ausgeliefert sind.

Jörg Jacobs konzentriert sich in seinem Beitrag auf die Antisystemeinstellungen. Er knüpft an neuere Überlegungen zur soziologischen Seite der politischen Kulturforschung an, geht aber davon aus, dass eher die negative Seite der Einstellungen zur Demokratie Aussagekraft für deren Stabilität besitzt. Am Beispiel einiger ausgewählter osteuropäischer Länder (Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die Slowakische Republik und die Tschechische Republik sowie Ostdeutschland) zeigt er anhand einer Typologie ganz unterschiedliche Gruppenverteilungen in den Untersuchungsländern auf. Dabei unterscheidet er zwischen Demokraten, ernüchterten Loyalen, Gespaltenen und Systemgegnern. Vor allem in Bulgarien und Rumänien sind antidemokratische Systemeinstellungen relativ weit verbreitet. In den untersuchten ostmitteleuropäischen Staaten dagegen überwiegen die der Demokratie positiv oder abwartend loyal eingestellten Bürger. *Jacobs* schlägt vor, das Augenmerk stärker auf die Gegner des demokratischen Systems zu legen als auf die Befürworter. So kann man sich bei den losen Befürwortern nicht darauf verlassen, dass sie bereit sind, für das demokratische System einzutreten, wenn es zu einer Krise kommt. Hierzu benötigt es eine größere Gruppe überzeugter Demokraten – oder aber eine nur geringe Zahl an überzeugten, aktiven Systemgegnern.

Einem klassischen Zielkonflikt der Demokratie widmet sich *Herbert Döring* – der Entscheidung für die Werte Freiheit oder Gleichheit. Beide Elemente werden in der Umfrageforschung üblicherweise als Gegensätze aufgenommen. Auf Basis der Daten der World Values Surveys 1990-1993 führt *Döring* umfangreiche Analysen auf der Aggregatebene durch. Unter Bezug auf die Überlegungen von *Hofstede* (1980) kommt er zu dem Befund, dass das marktliberale Verständnis von Freiheit vor Gleichheit gleichermaßen in jungen wie in alten Demokratien zu finden ist. Auch lässt sich belegen, dass es sich bei beiden Werten um konträre Ansichten handelt. Bezüge sind zwischen der sozioökonomischen Wohlfahrt und dem Wunsch nach Freiheit festzustellen. Überraschenderweise findet sich dagegen zwischen dem Wunsch nach mehr Freiheit und den Idealen der Selbstverwirklichung kaum ein Zusammenhang. Auch hier scheinen unabhängige Modernisierungsentwicklungen aufzufinden zu sein.

Wiederum nach Asien, diesmal nach Korea, führt uns der letzte Beitrag von *Bernd Hayo*. Er beschäftigt sich mit den Einstellungen der Koreaner zur Finanzkrise 1997, die exemplarisch für verschiedene Finanzkrisen im asiatischen Raum zu diesem Zeitpunkt steht. Es wird schnell deutlich, dass die Krisen seitens der Bevölkerung sehr wohl erkannt und beurteilt werden. In Korea entwickelte sich dabei eine breite Zustimmung zu Reformstrategien, wobei diese in zwei Richtungen zerfiel – staatsorientierte und marktorientierte Reformen. Interessant ist, dass teilweise im Widerspruch zur Literatur, hauptsächlich politi-

sche Identitäten und Parteibindungen eine Relevanz für die Entscheidung für die eine oder andere Strategie besaßen. Daneben tendieren jüngere Personen noch eher zu marktorientierten Reformen. Aus den Ergebnissen wird erkenntlich, dass es für jede Regierung ratsam ist, sich für Reformen die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern.

3. Fazit

Fasst man die Ergebnisse der vorgestellten Einzelstudien zusammen, so lassen sich vor allem vier Punkte resümieren:

(1) Zum ersten beschäftigen sich die meisten Studien mit *Transformationsländern*. Dabei stehen sowohl Osteuropa als auch Asien im Zentrum des Interesses. Stück für Stück kommen nun auch Analysen der Länder des sonst etwas außerhalb des Fokus stehenden Afrika hinzu. Dies ist für Untersuchungen der politischen Kulturforschung nicht überraschend, da es sich bei der politischen Kulturforschung in gewisser Hinsicht um eine Krisenforschung handelt (vgl. Lipset 1981; Pickel/Pickel 2006), die natürlich in Umbruchländern am interessantesten ist. So steht doch gerade dort die Stabilität der jungen Demokratien im Vordergrund der vielen Fragen, die man stellen kann. Das Interesse auf Seiten der stärker auf institutionelle Strukturen ausgerichteten Forschung (Bünthe, Hartmann, Kailitz, Tiemann) ist dagegen erst neueren Datums. Aufgrund der Variationsbreite der Aggregatereignisse in Transformationsländern ist es aber gut nachvollziehbar. So könnte die Möglichkeit bestehen, dass die noch bestehende Konzentration dieser Forschungsrichtung auf die Länder der OECD langsam zu Gunsten eines breiter ausgerichteten Ansatzes schwindet, haben sich doch die OECD-Staaten mittlerweile so weit angeglichen, dass immer ausgefeiltere Fragestellungen und -verfahren notwendig werden, um noch tragfähige Unterschiede zwischen diesen Ländern festzustellen.⁶ Dies wäre sicherlich von Vorteil, erscheint es doch zweifelhaft, ob die allgemeinen Zusammenhänge, die in OECD-Staaten erzielt werden, dem Lackmus-Test der Verallgemeinerung über die OECD-Grenzen hinaus standhalten.

(2) Verstärkt kommen in der vergleichenden Demokratieforschung nun auch *Gender-Perspektiven* zum Tragen (Sauer). Mehr und mehr wird es bedeutsam, inwieweit demokratische Systeme auch Gender-Equality gewährleisten. Gerade im Bereich der Qualitätsmessung von Demokratie und im Bereich der Policy-Entscheidungsprozesse sind aber immer noch einige Defizite hinsichtlich der Einbindung von Gender-Indikatoren zu erkennen. Zwar wird mittlerweile versucht, Überlegungen der Gender-Equalität in Qualitätsmessungen zu integrieren und es finden sich erst zaghafte Versuche die Bedeutung von Gender-Politiken auf dem Policy-Sektor zu analysieren, eine breitere Bedeutung erlangen sie aber nur sehr langsam. Hier ist sicher in der Zukunft weiterer Forschungsbedarf angebracht.

(3) Verschiedene der vorgestellten Studien (Weiffen, Döring, Hayo, G. Pickel) betonen ganz explizit die Bedeutung der *Modernisierung*, hier zumeist abgebildet über die sozio-ökonomische Modernisierung anhand einfacher Wohlfahrtsindikatoren. Möglicherweise sind Grundüberlegungen der Modernisierungstheorie doch nicht so überholt, wie es oft

6 Nichtsdestoweniger hält noch eine große Zahl an Forschern an diesem Forschungsgebiet fest. So ist es auch wesentlich leichter für die OECD-Staaten an aufbereitetes Datenmaterial zu kommen als dies für die Transformationsländer der Fall ist.

behauptet wird (siehe Kapitel 1). Vielmehr scheinen gerade die sozioökonomischen Rahmenbedingungen eine wesentliche Bedeutung für die Leistungsfähigkeit, Qualität und politische Kultur einer Demokratie zu besitzen (vgl. auch Inglehart/Welzel 2005). Möglicherweise kann man der Modernisierung keine determinierende Wirkung zuschreiben, aber zumindest einen probabilistischen Zusammenhang als hilfreich für die Entstehung von Demokratien, demokratischen Strukturen und demokratischen politischen Kulturen. In diesem Kontext wird auch die Beziehung zwischen ökonomischen und politischen Entwicklungen sichtbar, was an bereits frühe Überlegungen von Lipset (1960) anknüpft. Stehen doch überwiegend sozioökonomische Entwicklungen als Kernindikatoren für Modernisierung zur Verfügung

(4) Insgesamt wird deutlich, dass eine stärkere Integration von institutionellen, kulturellen und Policy-orientierten Designs hilfreich wäre, um die Komplexität demokratischer Entwicklung nachzeichnen und vielleicht auch einmal prognostizieren zu können. Verschiedene Ansätze dazu sind bereits vorhanden, sie müssten nur an einzelnen Stellen stärker miteinander verknüpft werden. So ist es offensichtlich, dass Policy-Prozesse nicht unabhängig von der politischen Kultur der Länder sind, fraglich bleibt, inwieweit Effektivität in Policy-Entscheidungen von der Demokratiequalität beeinflusst wird. Gerade die Verbindung der unterschiedlichen Zugangsweisen könnte das Ziel zukünftiger Analysen sein. Bedeutsam ist auch der Austausch zwischen Demokratietheoretikern, mit ihrer Fokussierung auf die Konzepte und Inhalte der Demokratie und des Demokratiebegriffs, und „Demokratieempirikern“, mit ihrer Ausrichtung auf die empirische Messung von demokratischen Strukturen und Kulturen.

(5) Ebenfalls wünschenswert wäre eine inhaltlich getragene Verknüpfung der Ergebnisse, die mit unterschiedlichen Forschungsmethoden erzielt wurden. Die bislang noch stark vorherrschende Haltung der Ignoranz gegenüber Forschungsergebnissen von Kollegen anderer methodischer Prägung sollte eigentlich überwunden sein. Dabei ist immer darauf zu achten, dass die verwendete *Methode* auch der Fragestellung und dem Forschungsstand angemessen ist. Das schablonenhafte Festhalten an „seiner eigenen Methode“ ist da wenig hilfreich. Und keine Methode ist für alle Fragestellungen geeignet.

(6) Gerade in der Erforschung von Demokratisierungsprozessen zeigen sich die Vorteile einer *vergleichenden* Vorgehensweise. Der komparative Zugang ermöglicht es dem Forscher Relationen zu ziehen und erste Ansätze für allgemeingültige Zusammenhänge aufzuspüren. Die Vielfalt der vergleichenden Analysemöglichkeiten ist dabei nützlich. Demokratisierungsforschung muss wohl als ein zentrales vergleichendes Untersuchungsfeld verstanden werden.

(7) Zu guter Letzt wird deutlich, dass die *Demokratisierung* eines politischen Systems von großer Relevanz für die spätere Ausgestaltung des Systems ist. Wird auf der strukturellen Ebene z.B. ein präsidentielles System eingeführt, dann wirkt sich dies auch in der Folge auf das demokratische System aus. Auch die politischen Kulturen rekurren nicht unwesentlich auf Vorgängersysteme und Systemwechsel. Die *Dynamik* der Demokratisierungsprozesse ist somit ein Forschungsgebiet für sich selbst, aber auch als Element der Demokratieforschung als Ganzheit.

Der vorliegende Band ist zumindest ein erster, rudimentärer Versuch, wenigstens die Forschungsergebnisse der angesprochenen Bereiche zusammenzuführen. Wir hoffen sehr, dass die darin vorgestellten Ergebnisse Anreiz zu weiterer Forschungsarbeit darstellen.

4. Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *Political Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1980): *The Civic Culture Revisited. A Analytic Study*. Princeton.
- Becker, Michael/Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert (Hrsg.) (2001): *Rechtsstaat und Demokratie. Theoretische und empirische Studien zum Recht in der Demokratie*. Wiesbaden.
- Hartmut Behr/Schmidt, Siegmund/Behr, Hartmut (2003): *Multikulturelle Demokratien im Vergleich*. Wiesbaden.
- Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert (Hrsg.) (2003): *Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps*. Opladen.
- Berg-Schlosser, Dirk (2004a): *The Quality of Democracies in Europe as Measured by Current Indicators of Democratization and Good Governance*. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* Vol. 20, No.1, March 2004, S. 28-55
- Berg-Schlosser (Hrsg.) (2004b): *Democratization. The State of the Art*. Wiesbaden.
- Bollen, Kenneth A. (1980): *Issues in the Comparative Measurement of Political Democracy*. In: *American Sociological Review* 45: 370-390.
- Castles, Francis (1999): *Comparative Public Policy: Patterns of Post-War-Transformation*. London.
- Castles, Francis (2004): *The Future of the Welfare State: Crisis Myths and Crisis Realities*. Oxford.
- Colemann, James (1990): *Foundations of Social Theory*. Cambridge.
- Croissant, Aurel (2002): *Von der Transition zur defekten Demokratie. Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand*. Opladen.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and its Critics*. New Haven.
- Diamond, Larry (1999): *Developing Democracy. Toward Consolidation*. Baltimore.
- Easton, David (1975): *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*. In: *British Journal of Political Science*, 5: 435-457.
- Easton, David (1979): *A System Analysis of Political Life*. New York.
- Gastil, Raimond D. (1990): *The Comparative Survey of Freedom: Experiences and Suggestions*. In: *Studies on Comparative International Development* 25, S. 73-108.
- Gurr, Ted Robert/Jagers, Keith (1995): *Tracking Democracy's Third Wave with the Polity III Data*. In: *Journal of Peace Research* 32: 469-482.
- Huntington (1993): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. London.
- Huntington, Samuel P. (2000): *Cultures Count*. In: Harrison, Lawrence E./Huntington, Samuel P. (Hrsg.): *Culture Matters: How Values Shape Human Progress*. New York: xiii-xvii.
- Jacobs, Jörg/Müller, Olaf/Pickel, Gert (2000): *Demokratie auf dem Prüfstand – Konsolidierung und Widerstandspotential der Bevölkerung in Osteuropa im Vergleich*. In: *Berliner Debatte – Initial* 11/5-6: 17-32
- Jahn, Detlef (2006): *Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft*. Wiesbaden.
- Keman, Hans *Comparative Democratic Politics*. London.
- Kersting, Norbert/Cronqvist, Lasse (Hrsg.) (2005): *Democratization and Political Culture in comparative Perspective*. Wiesbaden.
- Lauth, Hans-Joachim (1997): *Dimensionen der Demokratie und das Konzept defekter und funktionierender Demokratien*. In: Pickel, Gert/Jacobs, Jörg/Pickel, Susanne (1997): *Demokratie*. Bamberg: 33-54.
- Lauth, Hans-Joachim (2003): *Typologien in der vergleichenden Politikwissenschaft: Überlegungen zum Korrespondenzproblem*. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef (Hrsg.): 37-58.
- Lauth, Hans-Joachim (2004): *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden.
- Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hrsg.) (1999): *Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich*. Opladen.
- Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Pickel/Welzel, Christian (Hrsg.) (2000): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden.
- Lauth, Hans-Joachim (2004): *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden.
- Lijphart, Arend (1984): *Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven.

- Lijphart, Arend (1994): Democracies: forms, performance, and constitutional engineering. In: *European Journal of Political Research* 25/1: 1-17.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven
- Lipset, Seymour M. (1960): *Political Man*. Baltimore.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003): *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*. Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2006): *Defekte Demokratie. Band 2: Defekte Demokratien in Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika*. Wiesbaden.
- Munck, Gerardo L./Verkuilen, Jay (2002): *Conceptualizing and Measuring Democracy. Evaluating Alternative Indices*. In: *Comparative Political Studies* 35. H. 1, S. 5-34.
- Newton, Kenneth/Van Deth, Jan (2005): *Foundations of Comparative Politics*.
- Pharr, Susan/ Putnam, Robert (2000): *Dissaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries*. Princeton.
- Pickel, Gert/Jacobs, Jörg/Pickel, Susanne (1997): *Demokratie. Entwicklungsformen im interkulturellen Vergleich*. Bamberg.
- Pickel, Gert/Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Jacobs, Jörg (Hrsg.) (2006): *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn Transformationsstaaten*. Wiesbaden.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef (Hrsg.) (2003): *Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden: Neue Entwicklungen und Diskussionen*. Wiesbaden.
- Ragin, Charles C., (1987): *The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkeley.
- Rihoux, Benoit/Grimm, Heike (2005): *Innovative Comparative Methods for Policy Analysis. Beyond the Quantitative-Qualitative Divide*. München.
- Vanhanen, Tatu (1990): *The Process of Democratization. A comparative Study of 147 States, 1980-1988*. N.Y.
- Vanhanen, Tatu (Hrsg.) (1997): *Prospects of Democracy: A Study of 172 Countries*. London.
- Vanhanen, Tatu (2000): *A New Dataset Compared with Alternative Measurements of Democracy*. In: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung*. Wiesbaden, S. 184-206.
- Wagemann, Claudia/Schneider, Carsten Q. (2003): *Fuzzy-Set Qualitative Comparative Analysis (fs/QCA): Ein Zwei-Stufen-Modul*. In: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef (Hrsg.): *Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden: Neue Entwicklungen und Diskussionen*. Wiesbaden: 105-135.
- Watanuki, Joji/Crozier, Michel/Huntington, Samuel P. (1975): *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York.
- Welzel, Christian (2002): *Fluchtpunkt Humanentwicklung. Über die Grundsachen der Demokratie und die Ursachen ihrer Ausbreitung*. Wiesbaden.

Warum Postdemokratie?

Dirk Jörke

1. Einleitung

Die Strategie, bei der Suche nach der adäquaten Bezeichnung für moderne westliche Systeme auf den Demokratiebegriff zu verzichten und stattdessen Begriffe aus dem klassischen Vokabular der Staatsformenlehre heranzuziehen, kann in der Politikwissenschaft vor allem auf die Traditionslinie des „italienischen Realismus“ von Vilfredo Pareto und Gentano Mosca über Norberto Bobbio und Johannes Agnoli bis zu Danilo Zolo zurückblicken.¹ Folgt man etwa Zolos Argumentation (Zolo 1998), dann ist die gegenwärtige Demokratietheorie – und er bezieht sich hier ausdrücklich auf die normativ abgespeckten Varianten in der Tradition Schumpeters – nicht „realistisch“ genug, wenn sie westliche Gesellschaften allein aufgrund ihrer rechtsstaatlichen Verfasstheit und der Durchführung periodischer Wahlen als „demokratisch“ bezeichnet. Wirklich realistisch wäre sie, wenn sie endlich darauf verzichtete, moderne westliche politische Systeme „Demokratien“ zu nennen. Zolo zufolge ist es wissenschaftlich angemessener, sie als „liberale Oligarchien“ zu bezeichnen. Eine Bezeichnung, die auch Michael Lind aufgrund fundamentaler sozialer und politischer Ungleichheiten in seiner Beschreibung des politischen Systems der USA gewählt hat (Lind 1996). Gemeinsam ist diesen Autoren eine grundlegende Skepsis gegenüber einem demokratietheoretischen Diskurs, der seinen Gegenstand mit realen Gesellschaften identifiziert.²

Diese Skepsis kommt nun auch in einer Reihe von neueren Veröffentlichungen zum Ausdruck; nur dass hier eine alternative Begriffsstrategie verfolgt wird. Diese besteht darin, von „postdemokratischen“ Verhältnissen zu sprechen, also darin, am Demokratiebegriff festzuhalten, ihn aber gleichzeitig einzuschränken.³ So hat Colin Crouch jüngst ein schmales Bändchen mit dem Titel *Post-Democracy* vorgelegt (Crouch 2002), in dem er sich mit den Auswirkungen des globalen Kapitalismus auf die sozialen und kulturellen Voraussetzungen der Demokratie beschäftigt. Des Weiteren findet der Begriff der „Postdemokratie“ auch bei Sheldon Wolin und Jacques Ranciere Verwendung. Wolin stellt im Anschluss an Tocqueville und mit Blick auf die Vereinigten Staaten die demokratiegefährdenden Konsequenzen einer sowohl individualistischen wie konsumistischen Kultur dar (Wolin). Und für

1 Für Kritik und Anregungen möchte ich mich bei Hubertus Buchstein und Ingo Take bedanken. Eine leicht gekürzte Fassung ist unter dem Titel „Auf dem Weg zur Postdemokratie“ im *Leviathan* 33 (4/05), S. 482-491, erschienen.

2 Siehe auch den Beitrag von Alexander Weiß in diesem Band.

3 Darin ähnelt der Begriff der „Postdemokratie“ dem der „Postmoderne“ oder auch dem des „Postfordismus“. Diesen Begriffen ist gemeinsam, dass sie etwas Neues bezeichnen sollen, welches zwar ohne ihren Vorläufer nicht existieren könnte und ihn in gewisser Weise immer noch verkörpert, sich vom Vergangenen jedoch gleichzeitig essentiell unterscheidet. Es ist also die doppelt paradoxe Form des Ungleichzeitigen im Gleichzeitigen wie des Gleichzeitigen im Ungleichzeitigen, die diesen Begriffen innewohnt. Sie bezeichnen sowohl eine temporale Struktur des „nicht mehr“ und des „noch nicht“ wie die eines „sowohl als auch“.

Ranciere befinden wir uns in einer Ära, in der das politische Handeln des Demos durch die „Herrschaft der Meinungsbefragung“ eingedämmt wird (Ranciere 2002). Für alle diese Autoren gehört die Demokratie, zumindest in der parlamentarischen, durch Parteienkongruenz geprägten Form der Vergangenheit an; heute leben wir in der Epoche der Postdemokratie.

Nun kann man sich zur Diagnose der „Postdemokratie“ prinzipiell auf drei Arten verhalten. Die erste Strategie bestünde darin, den Befund schlichtweg abzuweisen. Schließlich sind wir doch momentan erst Zeuge weiterer demokratischer Revolutionen in ehemaligen Sowjetrepubliken geworden. Der Geist von Freiheit und Demokratie breitet sich mithin immer weiter aus. Und auch mit Blick auf die etablierten Demokratien des Westens besteht kein Anlass zur Sorge. Finden dort doch regelmäßig Wahlen statt und auch die Rechtsstaatlichkeit ist nicht in Gefahr. Die zweite Strategie ist die der Vermeidung. Man nimmt die Theorien/Diagnosen zur Kenntnis, beschreibt ihre Prämissen und evtl. Probleme und kommt im Ergebnis zu einem entschiedenen sowohl als auch. Die dritte Strategie besteht nun darin, die Rede von der Postdemokratie möglichst stark zu machen.

Auch wenn ich mich damit sicherlich auf Glatteis begeben möchte, möchte ich im Folgenden auf diese Weise vorgehen. Dabei soll in einem ersten Schritt im Anschluss an Colin Crouch der Begriff der „Postdemokratie“ etwas trennschärfer bestimmt werden. Zweitens werde ich dem Vorwurf, einen idealistischen Fehlschluss zu begehen, entgegen und zwar dergestalt, dass ich im Anschluss an Norbert Bobbio an die Versprechen der Demokratie erinnere, dabei aber zwischen nicht einhaltbaren Versprechen und jenen, die unbedingt eingehalten werden müssen, unterscheide. Letztere bestehen in den Versprechen der Partizipationsgleichheit und der Effektivität der Beteiligung. Hierbei handelt es sich um eine Unterscheidung, die die geläufige Gegenüberstellung von prozeduralen und substantiellen Demokratierichtfertigungen unterläuft.⁴ Vor diesem normativen Hintergrund sollen dann in einem dritten Schritt zwei Tendenzen innerhalb moderner Gesellschaften, nämlich die politische Exklusion der Unterschichten einerseits und der Bedeutungsverlust nationaler Demokratien andererseits, wenigstens in groben Zügen skizziert werden. Beide Tendenzen zusammengekommen rechtfertigen es, mit Blick auf die Regime des Westens, vom Beginn eines postdemokratischen Zeitalters zu sprechen.

2. Auf dem Weg zur Postdemokratie?

Folgt man Colin Crouch, so zeichnet sich das postdemokratische Regime durch folgende Struktur aus. Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – sind auf der einen Seite formal gesehen völlig intakt; und eben dadurch unterscheidet sie sich grundlegend von prädemokratischen Gesellschaften. Doch auf der anderen Seite stimmt die dahinter stehende Figur der Legitimation politischen Handelns durch die Partizipation des Volkes kaum noch mit den realen Gegebenheiten überein. „My central contentions are that, while the forms of democracy remain fully in place – and today in some respects are actually strengthened – politics

⁴ Zu dieser Gegenüberstellung siehe Thomas Christiano 2004. Auch die Unterscheidung zwischen Input- und Outputlegitimation orientiert sich an diesem Dualismus.

and government are increasingly slipping back into the control of privileged elites in the manner characteristic of predemocratic times; and that one major consequence of this process is the growing impotence of egalitarian causes" (Crouch 2002: 6).

Der öffentliche Wahlkampf ist Crouch zufolge ein fest kontrolliertes Spektakel, welches von rivalisierenden Teams professioneller Spindoctors gemanagt wird. Sie bestimmen die politische Agenda durch die Auswahl und anschließende Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker personalisiert werden. Die Menge der Bürger spielt dabei lediglich eine passive, stille, bisweilen gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des „Wahlspiels“ findet dann der tatsächliche politische Prozess statt, und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten. Zwar räumt Crouch ein, dass es sich bei dieser Beschreibung ebenso um eine Übertreibung handelt wie bei dem Modell einer idealen Demokratie, „but enough elements of it are recognizable in contemporary politics to make it worth asking where our political life stands running between it and the maximal democratic model; and in particular to appraise in which direction it seems to be moving between them. It is my contention that we are increasingly moving toward the post-democratic pole" (Crouch 2002: 4). Wir können also zwei Aspekte festhalten: Der Begriff der „Postdemokratie“ soll bei Crouch einerseits die Fortexistenz demokratischer Institutionen und andererseits das Bewusstsein eines diffusen, gleichwohl gravierenden Wandels der politischen Systeme des Westens zum Ausdruck bringen.

Nun kann diesem Bild vom Niedergang des Elektorats und des Machtzuwachses global agierender Firmen im postdemokratischen Zeitalter entgegengehalten werden, dass es romanisierende Züge aufweist. Der Postdemokratie wird eine Epoche vorangestellt, in der die demokratische Erzählung von der Souveränität des Volkes noch mit der Realität korrespondierte. Die goldenen Jahre des Fordismus werden hier nicht nur hinsichtlich der sozialen Inklusion, sondern auch mit Blick auf vermeintlich demokratischere Formen kollektiver Entscheidungsprozesse verklärt. Folgt man nämlich dem Bild, welches von den Elitentheoretikern und von der „realistischen Demokratietheorie“ bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezeichnet wurde, dann stellen die Mechanismen der Manipulation – oder schwächer formuliert der Beeinflussung – der Wählermassen bei weitem kein wirklich neuartiges Phänomen dar. Zwar mag Crouch diesem Einwand entgegenhalten, dass in den westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg eine breitere soziale Inklusion der Bevölkerung existiert hat, doch dies ist nicht zwangsläufig mit einem höheren Grad der Demokratisierung gleichzusetzen. Zu klären ist mithin der normative Gehalt eines Demokratiebegriffes, der es erlaubt, die gegenwärtigen Tendenzen als postdemokratisch zu bezeichnen. Damit begeben wir uns auf ein begriffliches Minenfeld.

2. Die Versprechen der Demokratie

Jüngst warnte Philippe Schmitter mit Blick auf die Entwicklungen neodemokratischer Systeme vor einem idealistischen Fehlschluss, den jene begehen, die diese an zu hohen und mithin unrealistischen Standards messen würden. Es sei schlichtweg eine Tatsache, dass jedes demokratische Regime ein gewisses Maß an Unfairness, an politischer Apathie auf Seiten der Wähler, an Korruption und ähnliche Defizite auf Seiten der politischen Eliten aufweise. Es sei daher auch ein allzu leichtes Spiel, anhand abstrakter Idealvorstellungen die entsprechenden politischen Systeme, ob nun etabliert oder im Prozess der Transition befindlich, als undemokratisch zu diffamieren. Hinter dieser Einschätzung steht die Aufforderung, sich in Geduld zu üben, Rom sei ja schließlich auch nicht an einem Tag erbaut worden. „Unless we recognize that much of democratic theory is hortatory – aimed at encouraging us to do better in the future than we have done in the past – we will be unable to make fair and realistic assessments about what neodemocracies have or have not accomplished“ (Schmitter 2004: 51).

Gilt diese „realistische“ Zurückhaltung auch für die Beurteilung etablierter Demokratien? Und wenn ja, wo ist der Punkt erreicht, an dem ein allzu großzügiger Umgang mit dem Adelsprädikat „demokratisch“ in einen realistischen Fehlschluss umschlägt? Um auf diese Frage eine – wenn auch nur tastende – Antwort geben zu können, sollen im Folgenden im Anschluss an *Norberto Bobbio* die Komponenten des Demokratiebegriffs dargelegt werden, die seine Versprechensdimension und mithin seine andauernde Faszination ausmachen.⁵ Wenn sich zeigen lässt, dass sich bestimmte essentielle Versprechen der Demokratie selbst in den etablierten Gesellschaften des Westens immer weniger verwirklichen lassen, dann könnte die Demokratie weniger ein zukünftiges denn ein vergangenes Projekt darstellen. Was also sind die Versprechen der Demokratie, was ist der normative Kern des Demokratiebegriffes?

Am Ende des vor mehr als 20 Jahren verfassten Vortrags über die *Zukunft der Demokratie* formuliert Bobbio eine Art Minimaldefinition: „Garantie der grundlegenden Freiheitsrechte, Existenz mehrerer, miteinander im Wettbewerb stehender Parteien, periodische Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht, kollektive Entscheidungen, die auf Basis von Mehrheitsentscheidungen getroffen werden“ (Bobbio 1988: 31). Diese Definition dürfte weitgehend unstrittig sein. Interessant ist Bobbios Vortrag indes aufgrund der Auflistung von insgesamt sechs nicht eingehaltenen Versprechungen, die dem demokratietheoretischen Diskurs der Neuzeit – Bobbio nennt hier die Vertragstheoretiker und die utilitaristische Philosophie, betont also die individualistische Komponente der Demokratie – entstammen. Ich beschränke mich im Folgenden auf diejenigen vier Versprechen, die in besonderer Weise das Selbstverständnis moderner Demokratien berühren.

Da ist zunächst das Versprechen staatsbürgerlicher Souveränität. Dieses Versprechen ist sowohl durch das Anwachsen der öffentlichen Bürokratie als auch durch den Bedeutungszuwachs privater und intermediärer Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Lobbyistenverbände ausgehöhlt worden: „Die Gruppen und nicht die Indi-

5 In dieser eigentümlichen Versprechensdimension des Demokratiebegriffes ist der Hauptgrund für seine Attraktivität auf nahezu allen Seiten des politischen Spektrums sowie seine ideengeschichtliche Überlebensfähigkeit zu sehen (vgl. hierzu Buchstein/Jörke 2003).

viduen sind die Protagonisten des politischen Lebens in einer demokratischen Gesellschaft von heute. [...] Das Volk als ideale (oder mystische) Einheit gibt es nicht mehr, sondern das Volk ist gespalten in entgegengesetzte und miteinander konkurrierende Gruppen“ (Bobbio 1988: 14). Der einzelne Staatsbürger besitzt außerhalb einer Zugehörigkeit zu diesen Organisationen nur eine verschwindend kleine Souveränität, nämlich die der Stimmabgabe. Und auch innerhalb dieser sozialen Gruppierungen herrschen Logiken, denen sich das Individuum unterwerfen muss. Zum Zweiten ist das Versprechen, der „oligarchischen Macht ein Ende zu bereiten“ (Bobbio 1988: 17), nicht eingelöst worden. Auch in den etablierten Demokratien geht es nicht um die Abwesenheit von Eliten, sondern lediglich darum, dass sie sich nicht mit Gewalt aufdrängen, sondern sich dem Konkurrenzkampf um die Wählerstimmen stellen.

Drittens ist das Versprechen, die „unsichtbare Macht“ zu beseitigen, bis heute enttäuscht worden. Zwar sind im demokratischen Rechtsstaat Geheimdienste und Armeen prinzipiell der parlamentarischen Kontrolle unterworfen, und auch die Transparenz staatlichen Handelns ist in Demokratien höher als in anderen politischen Systemen, doch selbst hier bleibt ein Rest von Macht, der sich der liberalen Öffentlichkeit entzieht. Bobbio macht zudem auf die neuen technologischen Möglichkeiten der Überwachung der Bürger aufmerksam und stellt die Frage nach der Kontrolle der Kontrolleure. Eine Frage, die in Zeiten der Anti-Terrorgesetze an Dringlichkeit deutlich gewonnen hat. Schließlich ist auf einen weiteren Aspekt im Zusammenhang mit der Frage nach der unsichtbaren Macht hinzuweisen. Dies ist das vierte nicht eingehaltene Versprechen der Demokratie: das der demokratischen Kontrolle der Wirtschaft und der Bürokratie. Bobbio hat diese Beobachtung vor nunmehr fast einem Vierteljahrhundert gemacht. Es dürfte unstrittig sein, dass sich an diesem Befund zumindest hinsichtlich der Wirtschaft nicht viel verändert hat. Aber auch mit Blick auf die staatliche Bürokratie haben sich die demokratischen Handlungsoptionen kaum erweitert. Dies gilt sowohl für die nationalstaatliche Ebene als auch mit Blick auf supranationale (europäische Kommission) und internationale Organisationen (z.B. Welthandelsorganisation), die kollektiv bindende Entscheidungen zumindest mit vorbereiten.

Trotz dieser nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie, die Bobbio zufolge auch gar nicht eingehalten werden können, also notwendig zu einer Frustration des Elektorats führen, hält er am demokratischen Charakter der westlichen politischen Systeme fest. Und zwar deshalb, weil sie der oben angeführten Minimaldefinition *cum grano salis* weiterhin entsprechen würden, insofern sie sich durch eine ebenso pluralistische wie liberale Struktur auszeichnen. Gerade hierin bestünde der wesentliche Unterschied zwischen einem demokratischen und einem autokratischen Regime: „[M]eine Schlussfolgerung lautet jedenfalls, daß die nicht eingehaltenen Versprechen und die unvorhergesehenen Hindernisse, die mein Thema waren, nicht derart sind, dass sie ein demokratisches in ein autokratisches transformiert hätten“ (Bobbio 1988: 31). Bobbio warnt somit wie Schmitter vor zu hohen Erwartungen an die Demokratie. Realistisch betrachtet kann ein demokratisches System die mit ihm verbundenen Versprechungen nicht erfüllen, sie sind schlicht zu hoch. Dennoch ist es Bobbio zufolge weiterhin angemessen, die westlichen politischen Ordnungen als demokratisch zu beschreiben.

Oben haben wir gesehen, dass Crouch diesen formal-demokratischen Charakter gar nicht bestreitet. Postdemokratische Regimes sind insofern nicht mit autokratischen zu verwechseln. Doch auf der anderen Seite sollen sie sich gleichwohl von demokratischen Systemen unterscheiden. Um zu zeigen, worin diese Differenz besteht, möchte ich einen Gedanken von Danilo Zolo aufgreifen. In Auseinandersetzung mit der realistischen Demokratietheorie, der er auch Bobbio zurechnet, fordert Zolo, dass man klar trennen möge zwischen den nicht einhaltbaren Versprechen der Demokratie und „denen, die eingehalten werden mussten und auch heute noch eingehalten werden müssen, auch innerhalb einer streng realistischen Konzeption der Demokratie“ (Zolo 1997: 139).

Dieser Forderung folgend sollen hier zwei essentielle Versprechen der Demokratie benannt werden: Da ist erstens das Versprechen der gleichen Zugangsmöglichkeiten zum politischen Prozess – sei es in der passiven Form der Stimmabgabe, in der Form der aktiven Karriere in Parteien oder anderen politisch einflussreichen Organisationen oder hinsichtlich der Repräsentation der jeweiligen Interessen. Und zweitens das Versprechen mit demokratisch legitimierten Entscheidungen die Zukunft des Gemeinwesens mit gestalten zu können. Es sind diese beiden Versprechen der Demokratie, die heute zunehmend ausgehöhlt werden.

3. Die beiden kaum noch eingehaltenen Versprechen

Westliche politische Systeme verstehen sich in einem weiteren Sinne als repräsentative Demokratien. Mit Wahlen werden die politischen Repräsentanten des Volkes bestimmt, und dies gilt dem Prinzip nach ebenso für parlamentarische wie für präsidentielle Systeme, für Konkurrenzdemokratien ebenso wie für Konkordanzdemokratien. Der Wahlakt ist der Kern demokratischer Legitimität, wobei jede Stimme gleich viel zählt: One man, one vote. So die Theorie.

In der Praxis sehen wir uns mit dem Phänomen einer in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Wahlabstinenz konfrontiert. Dies spricht prinzipiell nicht gegen die repräsentative Demokratie, und das Recht, nicht zu wählen, kann als Ausdruck einer liberalen Ordnung angesehen werden. Gleichwohl ist es zu beunruhigend, dass die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen in den USA im Schnitt knapp unter 50% (vgl. Alber 2000), bei den jüngsten Unterhauswahlen in Großbritannien bei etwas über 61% der Wahlberechtigten liegt. Zumindest bedarf es schon einiger Sophistereien, um dies als Ausdruck einer generellen Systemzufriedenheit zu werten. In Deutschland fallen die Werte für die Bundesebene nicht ganz so dramatisch aus. Aber auch hier ließ sich bei den letzten Wahlen ein Rückgang beobachten. Doch jenseits der Frage, ob knapp 80% nun als hoch oder als niedrig zu bewerten sind, ist zu fragen, wer aus welchen Gründen von diesem in einer Demokratie grundlegenden Recht keinen Gebrauch macht. Und da sehen die Befunde eindeutig aus, es sind mehrheitlich Bürger aus so genannten „bildungsfernen Schichten“, die auf diese niedrigschwellige Form der Beteiligung verzichten. So heißt es in einer von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie der Forschungsgruppe Wahlen: „Bürger mit starken kognitiven Kompetenzen, einem hohen formalen Bildungsgrad, gehobenem beruflichen Status oder starkem Politikinteresse [...] entwickeln ein vergleichsweise ausgeprägtes Interesse an Wahlen und setzen ihr Wahlrecht dementsprechend häufig ein“ (Bertelsmann

Stiftung 2004: 35). Und hinsichtlich der wirtschaftlichen Determinanten des Wahlverhaltens schreiben die Autoren am Ende: "Schließlich korreliert die ökonomische Situation ganz offensichtlich auch mit der Beteiligungsbereitschaft: Unter Bundesbürgern, denen es finanziell gut geht, nehmen leicht überdurchschnittlich viele regelmäßig an Wahlen teil. Bei wirtschaftlich Schwachen bewegt sich der Anteil der selten oder nie an Wahlen teilnehmenden Deutschen dagegen auf stark überdurchschnittlichem Niveau" (Bertelsmann Stiftung 2004: 130).

Wenn es nicht nur um Wahlen geht, sondern um anspruchsvollere Verfahren der Partizipation, wie sie etwa von Vertretern deliberativer Demokratietheorien propagiert werden, fällt das Ungleichgewicht noch höher aus. Es handelt sich um Zusammenhänge des Ausschlusses, die wir auch in anderen OECD--Staaten beobachten können, wobei die soziökonomische bedingte Abstinenz in den USA sicherlich am stärksten ist (vgl. Crenson/Ginsberg 2002; Alber 2000).⁶ Es würde an dieser Stelle jedoch zu weit führen, das komplexe Bündel der Ursachen für diesen (Selbst-)Ausschluss der Unterschichten zu beleuchten. Hinweisen möchte ich hier lediglich auf Phänomene umfassender sozialer Exklusion, wie sie gegenwärtig vornehmlich in der Soziologie behandelt werden (Castel 2000, Kronauer 2002). Dort findet sich auch eine breite Diskussion der vorhandenen oder eben der fehlenden analytischen Schärfe solcher Begriffe wie „bildungsferne Schichten“, „neue Unterschicht“ oder der „Überflüssigen“, auf die ich nur verweisen kann. Wie schwierig hier eine Grenzziehung zu vollziehen ist, wird auch bei der Begriffswahl der Autoren der „Forschungsgruppe Wahlen“ deutlich. Gleichwohl ist der Befund aus demokratietheoretischer Perspektive alarmierend. Wenn es nämlich tatsächlich so ist, dass aus sozioökonomischen Gründen ein gravierender Anteil des Wahlvolkes von seinen Beteiligungsrechten keinen Gebrauch macht, dann ist dies eine fundamentale Gefährdung des demokratischen Versprechens der Beteiligungsgleichheit.

Inwiefern ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der zunehmenden Wahlabstinenz der sozial Marginalisierten und der mangelnden personellen wie materiellen Repräsentation dieser Bevölkerungsgruppe in der politischen Arena besteht, muss an dieser Stelle offen bleiben. Festzuhalten ist aber, dass es in den westlichen politischen Systemen soziostrukturell bedingte Filter gibt, welche sowohl der Partizipation als auch der Repräsentation der Unterschichten in der Politik strukturell im Wege stehen.

Wie sieht es nun mit dem zweiten essentiellen Versprechen der Demokratie aus? Dieses haben wir in einer ersten Annäherung als die Fähigkeit bestimmt, über welche institutionellen Mechanismen auch immer einen spürbaren Einfluss auf die eigene Lebenswelt auszuüben, den Lauf der Dinge gemäß der eigenen Wertvorstellungen gestalten zu können. Dahinter steht die fundamentale demokratische Norm, dass die von kollektiv zwingenden Entscheidungen Betroffenen auch gleichzeitig deren Autoren sein sollen. Diese Norm ist in modernen Demokratien mittels periodischer Wahlen des politischen Führungspersonals umgesetzt worden, wodurch die Responsivität der Regierungen sichergestellt werden sollte. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die demokratisch legitimierten Regierungen einen hinreichend großen Handlungsspielraum besitzen, um die in sie gesetz-

6 Mit Blick auf Australien vgl. auch Marsch 2005.

ten Erwartungen zu erfüllen. Diese Voraussetzung ist jedoch seit einiger Zeit unter Druck geraten. Dabei können analytisch drei Prozesse unterschieden werden: Postparlamentarismus, Supranationalismus und Internationalisierung der Ökonomie.

Mit dem Begriff des „Postparlamentarismus“ werden in der jüngeren politikwissenschaftlichen Diskussion all diejenigen Prozesse bezeichnet, in denen es zu einem Bedeutungsverlust gewählter Parlamente auf der einen Seite und einer damit korrespondierenden Aufwertung eines „verhandelnden Staates“ kommt. Kollektiv verbindliche Entscheidungen werden dabei im wachsenden Umfang zwischen der jeweiligen Exekutive und gesellschaftlich potenten Gruppen, wenn schon nicht endgültig getroffen, so zumindest in einem Umfang vorentschieden, dass den Parlamenten lediglich die nachträgliche Bestätigung der Verhandlungsergebnisse bleibt. Der Staat tritt bei diesen Verhandlungen nur noch als „primus inter pares“ auf und verzichtet auf hierarchische Vorgaben. An die Stelle des zwingenden Rechts tritt ein reflexives Recht, welches einen Rahmen der Konfliktbehandlungen zwischen verschiedenen Interessengruppen zur Verfügung stellt. Diese Entwicklung stellt eine Reaktion auf die Beobachtung dar, dass „komplexe Gesellschaften durch Recht und hoheitlich-hierarchische Intervention nicht hinreichend gesteuert werden können“ (Benz 1998: 203) und hat in vielen Bereichen durchaus zu einer erhöhten Effektivität des Regierungshandelns beigetragen. Gleichwohl sind mit dieser Umstellung von der Input- zur Outputlegitimation auch erhebliche Kosten auf Seiten der demokratischen Authentizität verbunden (vgl. Kraus 2004). Problematisch ist unter diesem Gesichtspunkt nicht nur, dass der „offizielle Kreislauf der Macht“ (Habermas), demzufolge das Volk über Wahlen die Regierung programmiert, welche dann wiederum über das Medium des Rechts die Gesellschaft steuert, unterbrochen wird, kritisch ist auch die Zusammensetzung der Verhandlungsverfahren zu sehen. Sind es doch zunächst und zumeist die Vertreter gesellschaftlich einflussreicher Interessen wie Großunternehmen und Gewerkschaften, mit denen sich der Staat an einen Tisch setzt. Dies erhöht die Gefahr einer Einigung auf Kosten unbeteiligter Dritter. „Damit ist das Prinzip der Gleichheit nicht nur in formaler Hinsicht, d.h. hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten, sondern auch in materieller Hinsicht, d.h. bezogen auf die Chancen der Interessendurchsetzung verletzt“ (Benz 1998: 206).

Nun ist dieser Wandel der Staatlichkeit in demokratiethoretischen Debatten nicht unwidersprochen geblieben. So wurde etwa vor einer „Refeudalisierung des gegenwärtigen Demokratieverständnisses“ (Maus) oder einer „affirmativen Uminterpretation“ (Abromeit) gewarnt. Dies hat jedoch den weiteren Bedeutungsverlust der nationalstaatlichen Legislative nicht aufhalten können, zumal die beschriebenen Prozesse immer auch mit Blick auf die suprastaatliche Ebene thematisiert worden sind. Und hier haben wir es in den letzten zwei, drei Jahrzehnten mit einer Denationalisierung der Politik zu tun.

Es ist inzwischen ein Gemeinplatz, dass mit der beschleunigten globalen Interdependenz wirtschaftlicher und politischer Prozesse auch die Notwendigkeit einer suprastaatlichen Koordinierung entstanden ist. Die Entstehung und Stärkung einer Vielzahl von Regimes und Institutionen zum Zwecke einer „global governance“ stellt eine Antwort auf diese postnationale Konstellation dar. Am eindrucksvollsten und am weitesten fortgeschritten ist hier sicherlich der europäische Einigungsprozess. Die Etablierung eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung kann daher als eine notwendige Strategie, der postnationalen Herausforderung politisch standhalten zu können, angesehen werden. Dies ist jedoch mit einem erheblichen Souveränitätsverlust nationalstaatlicher

Parlamente, aber auch kommunaler Organe der Selbstverwaltung verbunden. Insbesondere die durch die Europäische Kommission und dem Europäischen Gerichtshof durchgesetzten Maßnahmen einer „negativen Integration“ (Scharpf), also dem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, erzeugen einen wirtschaftspolitischen Rahmen, der den gewählten Vertretern auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene nur wenig Spielraum etwa für die Bereitstellung öffentlicher Güter lässt.⁷ Dem steht auf der anderen Seite nur eine marginal ausgebildete demokratische Legitimation der grundlegenden europäischen Institutionen gegenüber.

Über das europäische Demokratiedefizit ist in den vergangenen Jahren viel geschrieben worden und auch an Vorschlägen zur Kurierung hat es nicht gemangelt. Hierbei können zwei Strategien unterschieden werden. Die eine sucht nach Möglichkeiten einer Ausweitung der Inputlegitimation auf Ebene der Europäischen Union etwa durch eine Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes oder mit der Forderung nach europaweiten Plebisziten. Diese Strategie hat sich in den letzten Jahren jedoch mit der Schwierigkeit konfrontiert gesehen, dass trotz aller Bemühungen eine europäische Öffentlichkeit, die die beabsichtigte Übertragung nationalstaatlicher Legitimationsmuster voraussetzt, kaum vorhanden ist und wohl in absehbarer Zeit nicht entstehen wird. Die andere und in der Literatur vorherrschende Strategie besteht in einer Umdefinition des Demokratiebegriffes hin zu „good governance“. Dabei kommt es auch auf dieser Ebene nicht auf die demokratische Programmierung, sondern auf die Qualität der Politikergebnisse an. Wir stehen mit Blick auf den europäischen Einigungsprozess also vor der Alternative, entweder einer tendenziell überholten Demokratiekonzeption anzuhängen oder aber einer weiteren Ausdünnung des Beteiligungsversprechens zu Gunsten einer vermeintlich höheren Effektivität zu propagieren.

Ist bereits hinsichtlich der Europäischen Union von einem strukturellen Demokratiedefizit auszugehen, so stellt sich das Problem auf der globalen Ebene in potenziierter Form. Hier ist in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von trans- und suprastaatlichen Abkommen, Regimen und Institutionen entstanden, deren Effektivität freilich höchst unterschiedlich ist. Aber auch etablierte Institutionen haben an Relevanz gewonnen. Hier sind vor allem die GEMs (global economic multilaterals) Weltbank, IWF und WTO zu nennen, wobei insbesondere letztere einen erheblichen Einfluss auf die Lebensbedingungen nahezu aller Menschen ausübt. Deren Entscheidungen sind jedoch trotz aller Bemühungen zur Steigerung der „transparency“ und „accountability“ weit von einer wie auch immer vermittelten demokratischen Legitimation entfernt. Hinzu kommt, dass einer der grundlegenden Mechanismen demokratischen Regierens, nämlich die Reversibilität der Entscheidungen, im Rahmen der WTO still gestellt ist. Zukünftige Regierungen sind damit an den erreichten Grad der Liberalisierung gebunden (vgl. Kahler 2004). Dies führt zum nächsten Aspekt der Bedrohung demokratischer Souveränität.

7 Nicht zufällig ist das am weitesten reichende Beispiel einer „positiven Integration“ die Europäische Währungsunion, welche mittels der so genannten Stabilitätskriterien ebenfalls zu einer erheblichen Beschränkung nationalstaatlicher Souveränität führt (vgl. Heise 2005).

Auch wenn in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Auswirkungen der ökonomischen Internationalisierung auf die staatliche Handlungsfähigkeit ein gewisser Alarmismus mit dem Hang zur Übergeneralisierung vorgeherrscht hat, ist weitgehend unbestritten, dass sich seit Mitte der 70er Jahre die Kräfteverhältnisse verschoben haben. Die politisch durchgesetzte Internationalisierung der Kapitalmärkte und der ebenfalls politisch vorangetriebene Abbau von Wettbewerbsschranken haben die Möglichkeiten einer demokratischen Zivilisierung der Ökonomie beschnitten. Eine nationalstaatliche Zinspolitik, welche ein wesentliches Instrumentarium der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik darstellte, ist heutzutage kaum noch möglich und auch der Ergreifung marktbeschränkender Regulierungen zum Zwecke der Erhaltung von Arbeitsplätzen sind zunehmend Grenzen gesetzt.

Mit Blick auf die europäische Politik der Liberalisierung und Deregulierung nationaler Märkte fasst Fritz W. Scharpf die Effekte wie folgt zusammen: „In short, compared to their repertoire of policy choices two or three decades ago, national governments have lost most of their former capacity to influence growth and employment in their economies – most, that is, except for the suppside options of further deregulation, privatization and tax cuts which are perfectly acceptable under EU law” (Scharpf 2003: 46). Hinzu kommt die internationale Konkurrenz um Direktinvestitionen, welche eine angebotsorientierte Politik zur Folge hat. Zwar ist der befürchtete „race to the bottom“ hinsichtlich der Umwelt- und Sozialstandards bislang kaum eingetreten, aber Anzeichen eines globalen Standortwettbewerbs sind unverkennbar. Die Regierungen zeigen sich bemüht, ein günstiges Investitionsklima zu erzeugen, und dies bedeutet oftmals auch die Durchsetzung so genannter „unpopulärer Maßnahmen“. Diese folgen dann mit Blick auf westeuropäische Staaten sowohl den wettbewerbsrechtlichen Vorgaben aus Brüssel wie auch einer Art vorauseilenden Gehorsam gegenüber den internationalen Kapitalmärkten.

Die Auswirkungen der ökonomischen Internationalisierung auf demokratische Institutionen und deren gesellschaftliche Voraussetzungen sind in der empirischen Forschung umstritten, wobei die Ergebnisse immer auch von der jeweils zugrunde gelegten Demokratie-Definition und deren Operationalisierung abhängen. Ein flächendeckender Ländervergleich der Wirkungen von hohen ausländischen Investitionen und niedrigen Handelsschranken für die Jahre 1970-1997 kommt hier jedoch zu einem negativen Resultat, dem zufolge insbesondere der Abbau von nationalen Handelsbeschränkungen und die Öffnung der Kapitalmärkte demokratische Regierungssysteme untergraben (Li/Reuveny 2003). Doch unabhängig von der Frage, ob die Internationalisierung der Ökonomie zu einer Ausbreitung oder einer Bedrohung liberal-demokratischer Regierungssysteme beiträgt, ist nur schwer zu bestreiten, dass diese Prozesse selbst kaum einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Dem steht freilich deren wachsende Bedeutung für die individuellen Lebenschancen gegenüber.

Ein verhandelnder Staat, suprastaatliche Institutionen und eine internationalisierte Ökonomie mögen für sich genommen keine neuen Phänomene sein. Ihr Zusammenwirken und ihre gegenwärtige Expansion hat jedoch eine Dynamik in Gang gesetzt, die die demokratischen Institutionen und Verfahren auf der nationalstaatlichen Ebene mehr und mehr aushöhlt. Von einer Demokratisierung der suprastaatlichen Ebene sind wir indes noch weit entfernt und es ist auch schwer vorstellbar, wie sich dies in der näheren Zukunft ändern

soll, sofern man denn darauf verzichtet, „Demokratie“ zu einem Elitenprojekt umzudefinieren oder einem neuen Paternalismus das Wort zu reden.⁸ Beharrt man demgegenüber auf einem Demokratiebegriff, für den die hier diskutierten beiden Versprechen essentiell sind, dann vermag die Erzählung von der Souveränität der Bürger, trotz der Fortexistenz grundlegender demokratischer Institutionen im Rahmen des Nationalstaates, nicht mehr recht zu überzeugen. Dies soll der Begriff der „Postdemokratie“ zum Ausdruck bringen.

8 Einer der wenigen Demokratietheoretiker, der dieser Versuchung widersteht, ist Robert A. Dahl 2000.